

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 108 (2011)
Heft: 1

Artikel: "Ich wüsste nicht, wie ich mich sonst über Wasser halten würde"
Autor: Ruf, Renzo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839973>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Ich wüsste nicht, wie ich mich sonst über Wasser halten würde»

Selbst in einem der reichsten Flecken Amerikas hat die Wirtschaftskrise tiefe Wunden gerissen: In der Tafel «Loudoun Interfaith Relief» erhalten deshalb jeden Tag Dutzende von Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen kostenlose Lebensmittel.

Glaubt man der Statistik, dann ist Loudoun County eine Art Paradies auf Erden. Im Verwaltungsbezirk – ausgesprochen: «Lauden» – in der Agglomeration der Hauptstadt Washington beläuft sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen auf 114 204 Dollar – ein absoluter Rekord für die USA. Jeder sechste Haushalt verdient mehr als 200 000 Dollar. Auch dies ist ein nationaler Spitzenwert. Und die Arbeitslosenrate, die sich landesweit der 9-Prozent-Marke annähert, beträgt im 300 000 Einwohner zählenden Verwaltungsbezirk nur gerade 4,4 Prozent. Kein Wunder, gehört Loudoun County mit seinen idyllischen Farmen zu den am schnellsten wachsenden Regionen.

Viele junge Frauen

Doch diese Statistik erzählt nur die halbe Wahrheit. «Die Rezession hat auch bei uns tiefe Wunden gerissen», sagt Bonnie Inman. Sie muss es wissen: Inman ist seit sechs Jahren Geschäftsführerin von «Loudoun Interfaith Relief», einer gemeinnützigen Organisation mit religiösen Wurzeln, die unentgeltlich Lebensmittel verteilt. Auch an diesem kalten Wintermorgen sind die Geschäftsräumlichkeiten beim Flugplatz des Städtchens Leesburg gut gefüllt. «Rund 60 Kunden hatten wir heute bereits», sagt Inman, darunter auffallend viele junge Frauen mit süd- oder mittelamerikanischen Wurzeln. Und immer noch warten Dutzende auf Nahrungsmittel.

Wunschliste statt Einkaufszettel

Die Tafel ist unbürokratisch organisiert: Die Kunden, Inman besteht auf dieser Bezeichnung, müssen bei ihrem ersten Besuch am Schalter belegen können, dass sie in Loudoun wohnen. (Dies geschieht meist mit der Vorweisung eines Fahrausweises.) Auch werden sie nach der Grösse des Haushaltes gefragt und sie müssen angeben, wie



Volle Regale für Menschen mit leerem Portemonnaie: «Loudoun Interfaith Relief».



Bild: gettyimages

hoch ihr steuerbares Einkommen ist. «Wir überprüfen diese Angaben aber nicht», fügt Inman an, «sondern vertrauen dem gesunden Menschenverstand.» Sind die Personalien im Computer erfasst, erhalten die Kunden eine «Wunschliste». Auf einem schmalen Formular können sie aufschreiben, für wie viele Menschen sie Lebensmittel brauchen und auf welche drei Nahrungsmittel sie nicht verzichten möchten. Der Zettel wird von Wanda Moloney entgegen genommen, die viele Wartende persönlich zu kennen scheint. Sie steht den Kunden auch bei, wenn sie Hilfe bei einem Behördengang benötigen oder wenn sie gesundheitliche Probleme haben.

4,5 Kilo pro Kunde

Hinter dem Schalter, in drei nebeneinander liegenden Lagerräumen, arbeiten derweil rund ein Dutzend Freiwillige auf Hochtouren: Sie stellen die eigentlichen Lebensmittelpakete für die Kunden zusammen. Diese sollen jeweils für drei Tage ausreichen. Jedem Haushalt stehen maximal zwei Besuche pro Monat zu. Das Personal von «Interfaith Relief» achtet sorgsam darauf, dass die Kunden möglichst gesundes Essen erhalten, wie Inman betont. In den Regalen des Lagerraums stapeln sich deshalb nebst haltbarer Kost aus der Tiefkühltruhe auch Milch, Gemüsedosen, Früchte, Frühstücksflocken und Frischfleisch aus den Beständen lokaler Supermärkte. Selbst Truthähne, die weder an Thanksgiving noch an Weihnachten verkauft werden konnten, warten auf einen Abnehmer. Gemäss einer internen Faustregel erhält jeder Kunde pro Besuch und Haushaltsmitglied umgerechnet 4,5 Kilo Nahrungsmittel – was mit Hilfe einer Waage bis aufs letzte Gramm überprüft wird.

Opfer der Krise

67 000 Menschen – ein Fünftel der Bewohner des reichsten Verwaltungsbezirks →



«Unsere Kunden stammen aus allen Schichten», sagt Bonnie Inman (Bild rechts aussen), Geschäftsführerin von «Loudoun Interfaith Relief».

→ Amerikas – versorgt «Loudoun Interfaith Relief» pro Jahr mit Lebensmitteln. Umgerechnet entsprechen dies einem Bargeldwert von einer Million Dollar, sagt die Geschäftsführerin. «Unsere Kunden stammen aus allen Schichten», sagt Inman, «da-

runter auch Menschen, die wohl nie damit gerechnet hätten, dass sie einmal unsere Hilfe benötigen würden.» Einer dieser Menschen ist die 54-jährige Lisa Jorgensen, die an diesem Morgen zum nunmehr dritten Mal die Reise zum

Flughafen von Leesburg unternommen hat. Vor der Krise, sagt die drahtig wirkende Frau, habe sie als selbstständige Computer-Ausbilderin gearbeitet, «viel Geld» verdient und ein Haus und eine Eigentumswohnung besessen. Es sei ihr sehr gut ge-

Leere Staatskassen setzen arme Amerikaner unter Druck

Im Zuge der Wirtschaftskrise ist die Zahl der armen Amerikaner auf einen neuen Höchstwert gestiegen. Auch beantragen immer mehr Menschen Nahrungsmittel-Zuschüsse. Angesichts des klaffenden Loches im Staatshaushalt sorgt dies in der Hauptstadt Washington für Sorgenfalten.

Nicht nur Sozialpolitiker schlagen angesichts solcher Zahlen Alarm: 43,2 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner oder 14 Prozent der Bevölkerung erhalten gemäss den neusten verfügbaren Zahlen staatliche Unterstützungszahlungen für den Kauf von Nahrungsmitteln. Durchschnittlich 133,76 Dollar pro Person schüttet der Staat monatlich über das «Supplemental Nutrition Assistance Program» (SNAP) aus; auch das ist ein neuer Höchstwert. Angesichts leerer Kassen – das Defizit der US-Bundesregierung im ersten Quartal des Fis-

kaljahres 2011 beläuft sich auf 371 Milliarden Dollar – kommt auch dieser Budgetposten nun unter massiven Druck. Washington könne sich immer höhere Ausgaben bei Sozialprogrammen wie den «Food Stamps», so heissen die Nahrungsmittel-Zuschüsse umgangssprachlich immer noch, nicht mehr leisten, lassen die Republikaner verlauten. Seit ihrem Wahlsieg im Herbst 2010 stellen die Konservativen im Repräsentantenhaus, der grossen Parlamentskammer, die Mehrheit. Im Senat und im Weissen Haus geben immer noch die Demokraten den Ton an, die aber auch einer Sanierung des Staatshaushaltes das Wort reden. Dies wird den Druck auf die Bundesstaaten erhöhen, in die Lücke zu springen – in deren Kassen aber ebenfalls grosse Löcher klaffen.

Die Schwächsten gefährdet

Viele minderbemittelte Amerikanerinnen und Amerikaner fragen sich, warum solche Sparmassnahmen just die schwächsten Glieder der Gesellschaft treffen sollen. Ein Rechnungsbeispiel zeigt: Eine vier Personen umfassende amerikanische Familie hat Anrecht auf «Food Stamps», wenn das monatliche Netto-Haushalts-

einkommen 1838 Dollar nicht übersteigt – ein Betrag, der gemäss den nationalen Statistikern der Armutsgrenze entspricht. Die Nahrungsmittelhilfe beläuft sich auf maximal 668 Dollar und wird heutzutage meistens in Form von Plastikgeld ausbezahlt. Sollte die Beispielfamilie abseits der grossen Städte an der West- und Ostküste leben, dann reichen diese 2500 Dollar für mehr, als der für Schweizer Verhältnisse kümmerliche Betrag vermuten lässt. So findet man in Columbus, Ohio, eine Vier-Zimmer-Wohnung bereits für einen monatlichen Mietzins von 700 Dollar. In Leesburg, dem Hauptort des Verwaltungsbezirks Loudoun bei Washington (siehe Haupttext), ist für denselben Betrag aber höchstens eine schäbige Absteige erhältlich. Auch sind in der Agglomeration der Hauptstadt die Lebenshaltungskosten deutlich höher als im Landesinneren.

Ein Siebteil unter der Armutsgrenze

Zehntausende Amerikanerinnen und Amerikaner haben in der vergangenen Dekade ihren Gürtel enger schnallen müssen; sie hangeln sich von Lohnüberweisung zu Lohnüberweisung durch, leben auf Pump oder ziehen mit Familienmitglie-



Bild links: gettyimages / Bild Mitte und rechts: zvg

gangen. «Und nun bin ich eines der unzähligen Opfer dieser furchtbaren Krise.» Ihre Firma ging Konkurs, die Liegenschaften wurden zwangsversteigert und jetzt vermag Jorgensen nicht einmal das Geld für die gesamte Monatsmiete ihrer Wohnung

zusammenzukratzen. «Ich arbeite als Kassiererin», sagt sie, in einem Supermarkt für Tierfutter, und verdiene den staatlich festgesetzten Minimal-Lohn von 7,25 Dollar pro Stunde. Selbst wenn sie Überstunden leistet, verdient die Alleinstehende damit

nur einige Hundert Dollar pro Woche. Nach dem Besuch bei der Tafel werde sie deshalb einen Gang zum Sozialamt machen müssen, um einen Antrag auf Lebensmittelmarken zu stellen.

Früher Spenderin, jetzt Bezügerin

Jorgensen erzählt, sie habe anfänglich gehofft, dass sich ihre Situation rasch wieder verbessern werde. Schliesslich wurde die grösste Volkswirtschaft der Welt auch in der Vergangenheit regelmässig von Wirtschaftskrisen geschüttelt; im Unterschied zu früheren Rezessionen erhole sich die Wirtschaft aber dieses Mal nur sehr schleppend. «Ich sehe schwarz für meine Zukunft», sagt die Frau, «da sich die wenigsten Firmen derzeit externe Kursleiter leisten können.» Gefragt, ob sie sich eine Umschulung vorstellen könne, zuckt die 54-Jährige bloss mit den Schultern.

Eine besondere Ironie des Schicksals: «Loudoun Interfaith Relief» ist für Lisa Jorgensen schon lange ein Begriff. «In meiner Kirche gab es regelmässig Spendenaufrufe» für die Tafel, und sie habe zu den grössten Spendern gehört. «Es ist so beschämend für mich, dass ich mich nun auf der anderen Seite befinde», sagt sie. Andererseits sei sie «unglaublich dankbar», dass es im Verwaltungsbezirk Loudoun Institutionen gebe, in denen sie das Notwendigste erhalte. «Ich wüsste nicht, wie ich mich sonst über Wasser halten würde.» ■

Renzo Ruf

dern zusammen. Zwar sagen die Statistiker, dass chronische Armut in den USA recht selten sei: In den Jahren 2004 bis 2007 lebten bloss 2,2 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikanern stets unter der offiziellen Armutsschwelle. [Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Schweiz.]

Aufgrund der tiefen Rezession und der hartnäckigen Langzeitarbeitslosigkeit verschärfte sich das Problem allerdings: 2009 befanden sich 44 Millionen Amerikaner, oder rund ein Siebtel der Bevölkerung, unter der statistischen Armutsgrenze. Eine ähnlich grosse Zahl leide unter «einer niedrigen Nahrungsmittelsicherheit», wie die gemeinnützige Organisation Food Research and Action Center herausfand. Und Peter Edelman, Professor an der Georgetown University in Washington, berechnete jüngst, dass sich mittlerweile 17 Millionen Amerikaner mit einem Jahreseinkommen von weniger als 11 000 Dollar durchschlagen müssen.

Zahlenschieberei ändert nichts

Angesichts solcher Statistiken haben Sozialwissenschaftler den Begriff «Kultur der

Armut» reaktiviert, um die Denk- und Handlungsmuster von minderbemittelten Amerikanerinnen und Amerikaner im Allgemeinen und von Angehörigen von Bevölkerungsminoritäten wie Afroamerikanern im Speziellen zu beschreiben. Andere Fachleute geben sich aber skeptisch. Sie weisen darauf, dass die Berechnung der Armutsschwelle überholt sei, weil Transferzahlungen wie Steuerkredite, Mietzuschüsse, Prämienverbilligungen oder Geld für die Bezahlung der Heizkostenrechnung nicht einbezogen würden. «Die Sozialprogramme, die in den vergangenen 20 Jahren zur Reduktion der Armut geschaffen wurden, finden keine Berücksichtigung», sagt Bruce Meyer, Wirtschaftswissenschaftler an der University of Chicago.

Das Statistikamt reagierte überraschend schnell auf diese Kritik. Zu Jahresbeginn veröffentlichten die Zahlenschieber der Verwaltung acht alternative Methoden für die Berechnung der Armut in den USA. Am grossen Ganzen änderte sich dadurch aber wenig: Die Zahl der armen Amerikanerinnen und Amerikaner beträgt immer noch zwischen 39 und 53 Millionen. [rr]